Stand: 19.12.2025 19:28:34

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/864

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Personalsituation in der Justiz verbessern (Kap. 04 04 Tit. 422 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/864 vom 21.03.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2055 des HA vom 08.04.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2288 vom 04.06.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 4)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 21.03.2024 **Drucksache 19/864**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Personalsituation in der Justiz verbessern
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2024 von 622.806,8 Tsd. Euro um 4.250,0 Tsd. Euro auf 627.056,8 Tsd. Euro angehoben.

In Kap. 04 04 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter)) für das Jahr 2025 von 656.220,6 Tsd. Euro um 10.250,0 Tsd. Euro auf 666.470,6 Tsd. Euro angehoben.

In Kap. 04 04 werden im Stellenplan 50 Stellen der BesGr. R 1 (Richter, Richterinnen an Amts- und Landgerichten, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen) für Richterinnen und Richter im Eingangsamt R 1, 100 Stellen der BesGr. A 9 (Rechtspflegeinspektoren, Rechtspflegeinspektorinnen) und 50 Stellen der BesGr. A 4 (Justizoberwachtmeister, Justizoberwachtmeisterinnen) beim Justizwachdienst in den Justizgebäuden neu ausgebracht.

Begründung:

Die Arbeitsbelastung der ordentlichen Gerichte und der Staatsanwaltschaften in Bayern bewegt sich wie schon in den Vorjahren auf einem sehr hohen Niveau. Der Haushaltsentwurf der Staatsregierung sieht zwar zusätzliche Stellen im Bereich der Staatsanwaltschaften vor. Das ist ein wichtiger Schritt, weil die Strafjustiz seit Mitte 2023 einen enormen Anstieg an Verfahren verzeichnet hat, unter anderem bei Straftaten mit Bezug zum Nahost-Konflikt. Es braucht aber auch darüber hinaus mehr Richterinnen und Richter in Bayern, um eine Überlastung der Justiz zu verhindern und deren Arbeitsfähigkeit zu stärken. Das gilt sowohl für die Strafjustiz. Denn diese wird auch nach wie vor durch Strafrechtsausweitungen gefordert (u. a. im Bereich Cybercrime, Hatespeech, Wirtschaftskriminalität und Kindesmissbrauch); außerdem werden Strafverfahren immer aufwendiger durch die Zunahme von beweisrelevanten Daten, die digital auszuwerten sind. Aber auch die Zivilgerichte in Bayern sind erheblich belastet. Das liegt nach wie vor an Massenverfahren (Wirecard-Klagen, Diesel-Klagen, Fluggastrechte-Klagen etc.) sowie der Reform des Betreuungs- und Vormundschaftsrechts.

Der Haushaltsentwurf der Staatsregierung sieht im Bereich der Rechtspflegerstellen wie schon in den Vorjahren weder vor, neue Planstellen im Eingangsamt (BesGr. A 9)

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zu schaffen, noch die Zahl der Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter zu erhöhen. Die geplanten Stellenhebungen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung, um die Attraktivität des Rechtspflegerberufs zu stärken. Aber das allein genügt nicht. Dem gestiegenen Bedarf an zusätzlichen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der bayerischen Justiz wird auch in diesem Jahr wieder bei weitem nicht ausreichend Rechnung getragen. Durch die schon geschilderte, gestiegene Belastung der Gerichte nehmen auch die Aufgaben für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in Bayern zu. In besonderem Maße kommen mit der Betreuungsrechtsreform und dem neuen Gesellschaftsregister zusätzliche Aufgaben auf die Rechtspflege zu. Die ungünstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung führt ebenso zu einer Zunahme von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und Insolvenzverfahren. Auch steigt der Bedarf an Beratungshilfe. Und infolge des Ukrainekriegs nimmt die Zahl der Vormundschaftsverfahren zu. Das alles bedeutet mehr Arbeit für die Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Auch aufgrund der Digitalisierung der Justiz (elektronische Akte, elektronischer Rechtsverkehr, elektronische Grundakte in Grundbuchsachen etc.) steigt der Personalbedarf zunächst einmal an, was insbesondere dort besonders ausgeprägt ist, wo es zum Mischbetrieb von Papier- und e-Akte kommt oder auch im Bereich der Grundbuchämter.

Der Justizwachtmeisterdienst, der die Sicherheit in den bayerischen Justizgebäuden sicherstellen soll, ist seit Jahren erheblich unterbesetzt. Dabei besteht aber nach wie vor ein Bedarf, um die Sicherheit von Justizgebäuden zu verbessern. Nicht zuletzt der Fall zweier Anfang 2023 aus den Strafgerichten in Regensburg und Coburg während der Hauptverhandlung geflohener Angeklagter bestätigt das. Der aktuelle Haushaltsentwurf der Staatsregierung sieht auch für die Jahre 2024 und 2025 keine zusätzlichen Stellen vor für Justizhauptwachtmeisterinnen und Justizhauptwachtmeister sowie Justizoberwachtmeister und Justizoberwachtmeisterinnen vor. Der Personalmangel führt dazu, dass nach wie vor in einem erheblichen Maße private Sicherheitsfirmen damit beauftragt werden, Eingangs- und Sicherheitskontrollen sowie Streifengänge in den Justizgebäuden durchzuführen. Da es sich bei den genannten Tätigkeiten aber um solche hoheitlicher Art handelt, sollten diese Aufgaben auch durch das dafür ausgebildete staatliche Personal des Justizwachtmeisterdiensts erfüllt werden.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.04.2024 **Drucksache 19/2055**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 04 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

Berichterstatter: **Maximilian Böltl**
Mitberichterstatter: **Harry Scheuenstuhl**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 04 01 Tit. 531 11 wird der Ansatz
   in 2024
   von 350,0 Tsd. €
   um 150,0 Tsd. €
   auf 500,0 Tsd. €
   erhöht.
2. Bei Kap. 04 04 werden die Ansätze
   in 2024
   a) bei Tit. 511 01
      von 19.678,9 Tsd. €
      um 200,0 Tsd. €
      auf 19.878,9 Tsd. €
   b) bei Tit. 812 31
      von 1.950,0 Tsd. €
      um 100,0 Tsd. €
      auf 2.050,0 Tsd. €
      sowie
   c) bei Tit. 812 33
      von 20,0 Tsd. €
      um 200,0 Tsd. €
      auf 220,0 Tsd. €
      erhöht und
   d) ein neuer Titel 685 03 „Zuschuss für das Projekt Childhood House München“ ausgebracht und mit 130,0 Tsd. Euro dotiert.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung des Projekts "Neue Schüler-Kampagne zur Bekämpfung von strafbarem Antisemitismus"
   (Kap. 04 01 Tit. 531 11)
   Drs. 19/879

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung des Projekts "Flächendeckende Ausstattung der Bewährungshilfe mit dienstlichen Smartphones"
   (Kap. 04 04 Tit. 511 01)
   Drs. 19/880

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung des Projekts "Childhood House München"
   (Kap. 04 04 neuer Tit. 685 03)
   Drs. 19/881

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung des Projekts "Pilotierung eines mobilen Alarmsystems für Bedienstete im Außendienst"
   (Kap. 04 04 Tit. 812 31)
   Drs. 19/882

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Josef Zellmeier u.a. CSU,
   Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Förderung des Projekts "Verbesserung der Ausbildungsbedingungen an der Bayerischen Justizakademie in Pegnitz"
   (Kap. 04 04 Tit. 812 33)
   Drs. 19/883

Folgende Anträge werden zur A b l e h n u n g empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 19/856

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 412 01)
   Drs. 19/857

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/858

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 70 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/859

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/860

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 19/861

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/862

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 19/863

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Personalsituation in der Justiz verbessern
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/864

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern, Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 19/865

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Digitale Ausstattung für die Bewährungshilfe
    (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
    Drs. 19/866

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern - mobiles Arbeiten ausweiten
    (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
    Drs. 19/867

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern
    (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
    Drs. 19/868

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Islamische Gefängnisseelsorge stärken
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/869

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)
Drs. 19/870

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 04 02 Tit. 533 49)
Drs. 19/871

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 04 02 Tit. 701 11)
Drs. 19/872

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I - zusätzliche Stellen für Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/873

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II - zusätzliche Stellen für Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 19/874

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III - zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 19/875

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 19/876

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)
Drs. 19/877

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/878

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 12. Sitzung am 8. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Ablehnung
SPD:	Ablehnung

mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 04.06.2024 **Drucksache** 19/**2288**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 04 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 19/856, 19/2055
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 412 01)
   Drs. 19/857, 19/2055
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/858, 19/2055
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 70 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/859, 19/2055
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/860, 19/2055

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 19/861, 19/2055

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/862, 19/2055

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 19/863, 19/2055

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Personalsituation in der Justiz verbessern
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/864, 19/2055

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern, Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 19/865, 19/2055

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Digitale Ausstattung für die Bewährungshilfe
    (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
    Drs. 19/866, 19/2055

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern – mobiles Arbeiten ausweiten
    (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
    Drs. 19/867, 19/2055

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern
    (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
    Drs. 19/868, 19/2055

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Islamische Gefängnisseelsorge stärken
    (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
    Drs. 19/869, 19/2055

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Bündnis für Toleranz
    (Kap. 04 01 Tit. 684 01)
    Drs. 19/870, 19/2055

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Treibhausgasausgleich
    (Kap. 04 02 Tit. 533 49)
    Drs. 19/871, 19/2055

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
    (Kap. 04 02 Tit. 701 11)
    Drs. 19/872, 19/2055

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 19/873, 19/2055

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger
    (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
    Drs. 19/874, 19/2055

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
    Drs. 19/875, 19/2055

    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten
    (Kap. 04 05 Tit. 422 21)
    Drs. 19/875, 19/2055

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber
    (Kap. 04 04 Tit. 427 01)
    Drs. 19/876, 19/2055

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)
Drs. 19/877, 19/2055

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/878, 19/2055

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Petra Guttenberger
Abg. Rene Dierkes
Abg. Martin Scharf
Abg. Toni Schuberl
Abg. Horst Arnold
Abg. Maximilian Böltl
Staatsminister Georg Eisenreich

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 04

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz

hierzu:

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/856 mit 19/863)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/864 mit 19/869)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/870 mit 19/878)
Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/879 mit 19/883)

Im Ältestenrat wurde für die Aussprache eine Gesamtredezeit der Fraktionen von 45 Minuten vereinbart. Davon entfallen auf die CSU-Fraktion 14 Minuten, auf die Fraktion der FREIEN WÄHLER 9 Minuten, auf die AfD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 8 Minuten und auf die SPD-Fraktion 6 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/873, 19/874, 19/875 und 19/878 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Kollegin Guttenberger das Wort.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Rechtsstaat ist keine Selbstverständlichkeit. Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für den Rechtsstaat brennen. Er braucht Menschen, die sich für diesen Rechtsstaat einsetzen. Deshalb sage ich gleich zu Beginn meinen ganz, ganz großen Dank an alle Beschäftigten in der Justiz, über deren Haushalt wir jetzt reden. Mein Dank gilt den Gerichten, den Staatsanwaltschaften und Justizvollzugs-

beamtinnen und -beamten. Er gilt aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei den Justizakademien in Pegnitz und in Straubing, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Landesjustizkasse, bei den IT-Servicezentren und den Sozialdiensten sowie den Gerichtsvollziehern und vielen anderen mehr.

Der Rechtsstaat braucht Menschen, die für den Rechtsstaat brennen, und deshalb ist es wichtig, dass alle diese Personen ihre wichtige Arbeit Tag für Tag für den Rechtsstaat leisten.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Natürlich wirkt sich die angespannte Wirtschaftslage, in die uns die Ampel-Bundesregierung leider gebracht hat, auch auf den Haushalt der Justiz aus und stellt ihn vor große Herausforderungen. Sie führt zu engeren Spielräumen in finanzieller Hinsicht.Ich freue mich aber sehr, dass es uns – zusammen mit meinem Kollegen Maximilian Böltl – dennoch gelungen ist, Ihnen heute einen Justizhaushalt vorzustellen, der sich sehen lassen kann. Sehen lassen können sich auch die Gesamtausgaben: Wir erhöhen trotz angespannter finanzieller Lage im Doppelhaushalt 2024/2025 im Vergleich zum Haushalt 2023 um rund 8 % auf insgesamt 3,2 Milliarden Euro pro Jahr. Den Schwerpunkt bilden dabei zu Recht die Personalausgaben mit circa 2 Milliarden Euro pro Jahr; denn – Sie erinnern sich an die Offensive für den Rechtsstaat – mehr Polizei führt auch dazu, dass mehr Stellen in der Justiz benötigt werden, nicht nur bei Staatsanwaltschaften, nicht nur bei Gerichten, sondern gegebenenfalls auch im Justizvollzug und darüber hinaus.

Dank einer breiten Unterstützung aus den Regierungsfraktionen ist es uns auch dieses Mal wieder gelungen, 350 neue Stellen in der Justiz zu schaffen: 21 für Richterinnen und Richter, 120 für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, 120 in den Geschäftsstellen, 15 für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, 11 für den IT-Bereich, 3 für Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und 60 für den Justizvollzug.

Wir alle werden hinterher von der Opposition hören, es seien zu wenig, es sei zu früh oder zu spät oder sonst was. Wir halten das aber angesichts der finanziellen Herausforderungen in unserem Land für einen gewaltigen Aufschlag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir halten das auch nicht für Luxus, sondern wir halten das für unbedingt nötig, da unsere Gerichte, inzwischen insbesondere auch im Bereich der Grenzkriminalität, mit hohen Verfahrenszahlen konfrontiert werden. Das gilt zum Beispiel auch für Kinderpornografie und für viele Bereiche darüber hinaus. Auch hier muss die Strafverfolgung effektiv, schnell und für die Bürgerinnen und Bürger in einem nachvollziehbaren Zeitraum stattfinden. Unser Ziel ist es, die stark betroffenen Amts- und Landgerichte sowie die Staatsanwaltschaften zu entlasten und Verfahrensrückstände schneller abzubauen. Das erwarten der rechtstreue Bürger und die rechtstreue Bürgerin. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir damit unsere bayerische Justiz noch besser, noch effizienter und für die Zukunft noch bürgernäher ausgestalten. Wir haben natürlich auch einige Akzente im Bereich der Justiz gesetzt, die uns zusätzlich wichtig waren. Ein ganz wichtiger Bereich sind die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, die wir für einen Betrag von 200.000 Euro flächendeckend mit dienstlichen Smartphones ausstatten wollen.

Im Bereich des Justizvollzugs ist Resozialisierung das große Thema. Unter Bewährung oder Führungsaufsicht stehende Straftäterinnen und Straftäter müssen einen niederschwelligen, schnellen und raschen Kommunikationsweg zu ihrem Bewährungshelfer und zu ihrer Bewährungshelferin haben. Für uns heißt solch ein Kommunikationsweg im 21. Jahrhundert: Messengerdienste, Textnachrichten, Telefonanrufe, Videoanrufe und auch die Möglichkeit, relevante Befunde, zum Beispiel beim Drogenscreening, schnell und einfach zu erhalten.

Wir wollen auch ein mobiles Alarmsystem für Bedienstete im Außendienst mit zusätzlich 100.000 Euro unterstützen; denn viele Berufsgruppen in der Justiz, insbesondere

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer, Gerichtshelferinnen und Gerichtshelfer, kommen oftmals außerhalb der gesicherten Justizgebäude mit Menschen in schwierigen Lebenslagen in Kontakt, sodass es wichtig ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen und ihnen durch ein mobiles Alarmierungssystem schnell und sicher Hilfe angedeihen zu lassen.

Wir wollen zusätzlich mit 150.000 Euro eine neue Schülerkampagne zur Bekämpfung von Antisemitismus auf den Weg bringen. Wer sich erinnert: "Mach dein Handy nicht zur Waffe" war ein überaus erfolgreiches Programm, um zu sensibilisieren, was man Negatives mit Handys tun kann. Auf dieselbe niederschwellige Art wollen wir mit einem bekannten Influencer auch die Bekämpfung des Antisemitismus an junge Menschen heranbringen; denn je eher wir anfangen, dieses Gift des Antisemitismus zu bekämpfen, desto besser und desto erfolgreicher.

Wir wollen des Weiteren 200.000 Euro in die Ausbildungsbedingungen an der bayerischen Justizakademie in Pegnitz stecken, denn wir sind der festen Überzeugung, dass ein zentraler, gut funktionierender, attraktiver Fortbildungs- und Ausbildungsstandort eine gute Grundlage ist, sich für den Arbeitgeber Freistaat Bayern vor allem im Bereich der Justiz zu entscheiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns als CSU-Fraktion liegt die Justiz besonders am Herzen. Dieser Haushalt ist für uns ein sichtbares Bekenntnis zu einer starken und unabhängigen Justiz. Wie heißt es so schön? – Justiz ist für den Menschen da. Wir bitten deshalb herzlich um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Kollegen Dierkes das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Rene Dierkes (AfD): Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Die Staatsregierung hat mit ihrem Einzelplan 04 wieder einmal eindrucksvoll gezeigt, dass es ihr nicht um die wahren Belange und Sorgen der Bürger in diesem Lande, sondern um ihren eigenen Machterhalt geht. Dieser aufgeblähte Haushaltsentwurf ist ein Dokument der Arroganz und auch des Unvermögens.

Die Massenmigration – ich weiß, Sie können das Thema nicht mehr hören, aber gerade der Bereich Justiz ist, bedingt durch die Massenmigration, sehr stark ausgelastet, deshalb müssen Sie sich das jetzt anhören – ist für Sie natürlich kein Problem, sondern ein gutes Geschäft. Ihnen, werte Kollegen, geht es nur darum, Ihre eigenen Parteifreunde mit Geld zu versorgen. Sie machen mit den Nöten der Bevölkerung noch Geschäfte. Wer vermietet denn die Gebäude für Migranten an den Staat? – Parteifreunde und Spezis der Regierungsfraktionen.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oje! – Thomas Huber (CSU): Was ist das für eine Sichtweise! – Dr. Simone Strohmayr (SPD): So ein unverschämter Schmarrn!)

Wer hat mit krummen Maskendeals Unmengen an Vermögen aufgehäuft?

(Unruhe)

Patriotismus ist für Sie nur ein leeres Wort. Wenn es ernst gemeint ist, wenn also Abschiebeforderungen ernsthaft – und nicht nur als Plattitüde wie heute wieder einmal von der CSU – gestellt werden, dann heißt es natürlich wieder: Oh, ihr seid Nazis und Rechtsextremisten.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das seid ihr ja auch!)

Sylt ist für Sie ein größeres Problem als Mannheim. Das ist das wahre Problem in Deutschland. Aber dieser Schwindel fliegt auf.

(Martin Wagle (CSU): Bodenlos!)

Eine kleine Anfrage von mir hat jüngst bewiesen, dass mehr als 55 % der Gefängnisinsassen in den bayerischen Justizvollzugsanstalten Migrationshintergrund haben. In der Justizvollzugsanstalt Stadelheim in München,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der Herr Halemba ist bald mit drin!)

also der größten Justizvollzugsanstalt Bayerns, sind es über 60 %. Und Sie beschweren sich wegen ein paar betrunkenen Jugendlichen und angeblichem Rechtsextremismus usw.,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Angeblichem?)

während Ihre Politik in Mannheim buchstäblich zu Grabe getragen wird.

Die politische Mitschuld am Tod dieses tapferen Polizeibeamten tragen auch all jene, die Massenmigration umgesetzt haben und nichts dagegen unternehmen.

(Beifall bei der AfD – Toni Schuberl (GRÜNE): Pfui, schämen Sie sich!)

Wer nicht erkennen will, dass konsequente Remigrationspolitik, millionenfache Abschiebungen die einzige Lösung und dringend geboten sind,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Was war mit Herrn Lübcke, bitte!)

der rammt quasi buchstäblich das Messer in den Rücken des Volkes.Ich weiß, Sie wollen das nicht hören; aber das ist so. Begonnen hat das Ganze mit Ihrer Schwesterpartei CDU im Jahr 2015, als sie die Grenzen geöffnet hat.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Was hat die CSU dagegen getan? – Nichts. Sie hat kaum jemanden abgeschoben. Was sagte Ministerpräsident Söder stattdessen? – Der Islam gehört zu Bayern. Das dürfen wir nicht vergessen.

Die finanziellen Lasten dieser unsäglichen Politik bürden Sie allein den Bürgern und den Betrieben in Bayern auf. Die Stimmung in den Unternehmen ist am Boden. Viele mittelständische Unternehmen werfen das Handtuch oder ergreifen die Flucht ins Ausland. Dafür tragen auch Sie die Verantwortung. Sie können die Schuld dafür noch so sehr auf die Ampel in Berlin oder auf eine herbeifantasierte Welt-Klima-Katastrophe schieben. Die Ausgaben dafür müssen gestrichen werden. Sie haben die Energiewende mit zu verantworten. Das nächste große Haushaltsloch wird sich auftun.

Sie fluten das Land allerdings weiterhin mit illegalen Migranten. Auch in Bayern wird nichts dagegen unternommen. Jeder kann kommen und bleiben. Sie verschaffen illegal Eingewanderten ein Aufenthaltsrecht und Vollversorgung. Sie treiben die Kommunen mit dieser Politik in den Ruin. Sie sprengen die Sozialsysteme und verstärken die Wohnungsnot. Wenn Sie eine vollständige Kehrtwende in der Migrationspolitik vollziehen würden, bräuchte es unsere Änderungsanträge nicht.

(Martin Wagle (CSU): Ihre Reden braucht man auch nicht! – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Um es mit Angela Merkels Worten zu sagen: Die Probleme sind da. Deswegen braucht es auch unsere Anträge. Zum einen fordern wir unter dem Stichwort "Schlagkraft des Rechtssystems stärken" 25 neue Stellen der Besoldungsgruppe R 1 für Richter, 30 neue Stellen der Besoldungsgruppe A 9 für Rechtspflegeranwärter sowie zusätzliche Mittel für Stellen in den Justizvollzugsanstalten, weil nicht nur die Justiz selbst, sondern auch die Justizvollzugsanstalten aufgrund der steigenden Gewaltkriminalität in den letzten Jahren an ihre Belastungsgrenzen gekommen sind, nicht zuletzt durch kulturfremde Masseneinwanderungen.

Außerdem fordern wir zusätzliche Mittel für die Einrichtungen der Abschiebehaftanstalten in Eichstätt und Hof. Die Abschiebung von illegal im Land befindlichen kriminellen Ausländern ist sogar ein erklärtes Ziel der Bayerischen Staatsregierung. Hinter diesem Ziel blieb sie allerdings zurück. Die Funktionsfähigkeit und die Arbeitsbedingungen in

den Abschiebeeinrichtungen erfordern zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Mittel. Diese müssen natürlich bereitgestellt werden.

Nicht zuletzt fordern wir auch die Finanzierung der Schädlingsbekämpfung in der JVA München mit jeweils 100.000 Euro pro Jahr. Man muss sich das einmal vorstellen: Die größte Justizvollzugsanstalt Bayerns befindet sich nahezu auf dem Niveau von Gefängnissen in Entwicklungsländern. Warum? – Weil die bayerische Staatsregierung in ihrem Haushalt falsche Prioritäten setzt.

(Zuruf des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Wo könnte man aber sparen? – Zum Beispiel bei der Unterstützung von Vereinen und Organisationen wie dem Bayerischen Bündnis für Toleranz.

(Thomas Huber (CSU): Schwachsinn!)

Die Extremismusbekämpfung und Vielfalt usw. sind ja schön und gut; man muss aber nicht nur darüber reden, sondern sollte einfach mal für Sicherheit sorgen.

(Beifall bei der AfD)

Beim Klimaschutz hat sich die CSU über Jahre hinweg den GRÜNEN angebiedert. In den Bereichen Justiz und Verwaltung gibt sie über eine Milliarde Euro aus. Wofür? – Weil man die CO_2-Belastung weltweit senken will. Aber jeder, der bei klarem Verstand ist, muss doch sehen, dass Deutschland als kleiner Flächenstaat an der weltweiten CO_2-Bilanz nichts ändern kann, wenn große Staaten wie China, Indien oder die Vereinigten Staaten von Amerika keine derartigen Bemühungen zeigen.

(Thomas Huber (CSU): Deswegen machen Sie auch nichts, oder?)

Dann sind da noch die Kosten für sogenannte Rechtskundeeinheiten für Asylbewerber. Es wäre zum einen zu begrüßen, dass Leute, die aus sicheren Drittstaaten kommen, bereits an der Grenze abgewiesen würden. Zum anderen möchte ich keine Leute im Land haben, denen man erst einmal erklären muss, dass Frauen in unserer

Gesellschaftsordnung gleichberechtigt sind und deswegen nicht vergewaltigt werden dürfen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Außerdem fehlt noch das Verursacherprinzip. Es war die Bundesregierung, die im Jahr 2015 die Grenzen geöffnet hat. Demnach müsste sie die Kosten tragen. Man könnte 500.000 Euro jährlich sparen. Gerade Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, könnten zeigen, dass Sie eine wirkliche Opposition gegen die Ampel in Berlin sind. Das machen Sie aber natürlich nicht.

Die zusätzlichen finanziellen Mittel sollen schließlich der Kontrolle der Grenzen und der Rückführung abgelehnter und krimineller Ausländer dienen. Wir könnten 2,5 Milliarden Euro jährlich sparen. Das förderte die Durchsetzung von Recht und Gesetz nach Jahren der Herrschaft des Unrechts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Martin Scharf das Wort.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dierkes schafft es auch in einer Haushaltsdebatte, in ihr das Thema Migration zu spiegeln. Meines Erachtens ist das eine Themaverfehlung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zunächst einmal möchte ich mich im Namen meiner Fraktion beim Staatsminister und all denjenigen bedanken, die an der Aufstellung des Haushaltsplans im Bereich der Justiz mitgewirkt haben. Die im Haushaltsplan vorgestellten Maßnahmen sind für die Stärkung und Modernisierung unseres Justizsystems entscheidend und umfassen verschiedene Bereiche, die ich Ihnen nachfolgend näher vorstellen möchte.

Ich betone, dass die zentrale, wenn nicht sogar die wichtigste Aufgabe unseres Freistaats darin besteht, die hier lebenden Menschen zu schützen und für Sicherheit, Recht und Ordnung zu sorgen. Während oft von der Polizei und den Rettungskräften die Rede ist, wird der Bevölkerung die Arbeit der Justiz sehr viel weniger sichtbar. Deswegen ist heute eine gute Gelegenheit, die Bedeutung der Justiz zu betonen und darauf hinzuweisen, dass das maximal Mögliche getan werden muss, damit Bayern dieser wichtigen Aufgabe gerecht werden kann.

Ein zentraler Punkt im Doppelhaushalt ist die Verbesserung der Personalsituation in der Justiz. Die Bayerische Staatsregierung hat 350 neue Stellen für die Justiz einschließlich des Justizvollzugs beschlossen. Der Haushaltsausschuss hat bereits zugestimmt, sodass der Landtag heute abschließend über den Einzelplan abstimmen kann. Mit den neuen Stellen können wir die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates und die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie stärken. Diese Entscheidung ermöglicht es uns, Sicherheit bestmöglich zu gewährleisten und das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat zu stärken. Gleichzeitig entlasten wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere in der Strafjustiz.

Die Aufgaben der Justiz wachsen und damit auch die Herausforderungen. Besonders die Bekämpfung von Kriminalität wie Kindesmissbrauch, Kinderpornografie, Cybercrime, Schleuserkriminalität und Jugendgewalt erfordern zusätzliche Kapazitäten. Deshalb werden für die Staatsanwaltschaften 120 neue Stellen geschaffen. Insgesamt haben wir dann über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Freistaat. Zusätzlich werden für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen 120 Stellen geschaffen, die wiederum die Staatsanwaltschaften entlasten. Wir werden für Richterinnen und Richter 21 neue Stellen, für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger 15 Stellen und für den Justizvollzug 60 neue Stellen einrichten.

Ein erheblicher Teil der Ausgaben im Justizbereich entfällt somit auf die Personalausgaben. Rund zwei Drittel der Ausgaben, etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr, sind für den Personalbereich vorgesehen. Die Kolleginnen und Kollegen der Opposition haben sich

in diesem Bereich für noch mehr Stellen sowie eine Erhöhung der Besoldungsstufen ausgesprochen. Ich und weitere Vertreterinnen und Vertreter der FREIEN-WÄHLER-Fraktion haben im Vorfeld der Haushaltsberatungen mit Fachvertretern viele Gespräche geführt – mit Richterinnen und Richtern, mit Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern, mit Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfern sowie mit Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern. In diesen Gesprächen ging es auch um mehr Stellen und Stellenhebungen. Die Wünsche und Forderungen waren aus Sicht der Fachvertreter für uns nachvollziehbar und plausibel. Ich darf Ihnen versichern, dass wir von den FREIEN WÄHLERN uns diese Erleichterungen bzw. Hebungen für die Angestellten ebenso wünschen. Leider gibt die Haushaltssituation solche Erleichterungen bzw. Hebungen aktuell nicht her. Das müssen wir so akzeptieren. Wir werden diese Wünsche und Forderungen im Auge behalten. Ich halte die 350 neu geschaffenen Stellen für eine sehr gute Sache.Für die Aus- und Fortbildung unserer Justiz- und Justizvollzugsbediensteten sind die Bayerische Justizvollzugsakademie in Straubing und die Bayerische Justizakademie in Pegnitz vorgesehen. Frau Guttenberger hat es schon erwähnt: Da wird Geld hineingesteckt. Diese Institutionen sichern die kontinuierliche Verbesserung unserer Fachkräfte.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt liegt auch in den Hochbaumaßnahmen der Justiz. Hier sind jährlich 188 Millionen Euro vorgesehen, um laufende und dringend erforderliche Bauprojekte zu finanzieren. Diese Investitionen sind unerlässlich, um die Infrastruktur unserer Gerichte und JVAs auf dem neuesten Stand zu halten. Diese Mittel werden unter anderem für die Krankenabteilung des Strafjustizzentrums in München, für die Justizgebäude in Aschaffenburg, Schweinfurt und Kaufbeuren sowie für die Neubauten der JVAs in Passau und Nürnberg verwendet.

Die Digitalisierung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie in den JVAs ist ebenfalls ein entscheidender Schritt. Mit jährlich 143 Millionen Euro werden der elektronische Rechtsverkehr und die Einführung elektronischer Akten vorangetrieben. Dies umfasst die Neuausrichtung der Arbeitsplatzinfrastruktur und die Ausstattung der Sit-

zungssäle mit modernster Technik. Auch die JVAs profitieren von der Digitalisierung: 4,6 Millionen Euro fließen in neue Notebooks, erhöhte Bandbreiten und zusätzliche Homeoffice-Arbeitsplätze. Zudem ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz insbesondere bei Masseklageverfahren geplant. Dies umfasst Verfahren im Zusammenhang mit Fluggastrechten und diesen Dieselklagen. KI könnte künftig auch stärker bei Entscheidungsvorlagen für Staatsanwälte und Gerichte eingesetzt werden. Um die technische Sicherheit in unseren Gerichten und Staatsanwaltschaften zu gewährleisten, werden Ausgabemittel um 10 Millionen Euro erhöht. Das entspricht einem Zuwachs von 6 % und ermöglicht Investitionen in technische Sicherheitseinrichtungen, Video-, Vernehmungs- und Videokonferenzanlagen.

Die Haushaltsansätze für Auslagen in Rechtssachen werden um 30 Millionen Euro erhöht. Diese Mittel sind notwendig, um Entschädigungen, Prozesskosten, höhere Vergütungen für Rechtsanwälte etc. abzudecken. Vom Bund wird in diesem Bereich nur eine Kompensation von circa 20 Millionen Euro erwartet, die aus unserer Sicht deutlich höher ausfallen könnte. Die Sicherheit im Justizvollzug wird ebenfalls verbessert. Mit jährlich 11 Millionen Euro investieren wir in moderne Sicherheitsanlagen wie Videoüberwachung, Drohnendetektion sowie in sicherheitstechnische Geräte. Das Arbeitswesen in den JVAs wird kontinuierlich optimiert. Das lassen wir uns knappe 50 Millionen Euro jährlich kosten. Diese Investitionen sind wichtig, um den Gefangenen eine sinnvolle Beschäftigung und Perspektiven für die Zeit nach ihrer Haft zu bieten.

Ein weiterer Punkt ist die Versorgung der Gefangenen. Angesichts der hohen Zahl an Inhaftierten aus islamistischen Milieus werden Präventions- und Seelsorgeprogramme ausgebaut. Zudem wird die Nutzung von Video-Dolmetscherdienstleistungen und Telemedizin erhöht werden. 51,5 Millionen Euro sind jährlich vorgesehen, um allgemeine medizinische Versorgung und notwendige Investitionen in die Infrastruktur der Gefangenenversorgung zu gewährleisten.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist vorbei.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Unser Ziel, dass Bayern ein starker Justizstandort bleibt und auch fitter für die Zukunft wird, wird mit diesem Doppelhaushalt erreicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Toni Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Eisenreich, es gibt in der Justiz große Aufgaben zu bewältigen. Das ist auch durch jahrzehntelange Fehlentscheidungen Ihrer Vorgänger:innen verschuldet. Jetzt gibt es großen Reformdruck in der Justiz, und auch eine überarbeitete Justiz. Der aktuelle Entwurf des Haushaltsplans verzeichnet einen spürbaren Stellenzuwachs. Das begrüßen wir sehr. Das hat die Justiz in Bayern auch verdient; aber es bleiben dennoch wichtige Aufgaben liegen, und die würde ich gerne ausführen.

Das eine ist die Stärkung der Richterschaft. In Ihrem Doppelhaushalt profitieren vor allem die Staatsanwaltschaften. Das ist grundsätzlich auch gar nicht so falsch; denn es gibt einen starken Anstieg an Fallzahlen bei Hatespeech und auch antisemitischen Straftaten. Das betrifft aktuell vor allem die Staatsanwaltschaften; aber natürlich wird das danach auch die Gerichte belasten. Es wird mehr Verfahren geben. Wir müssen schauen, dass die Verfahren auch nicht zu lange dauern. Es darf nicht zu viel liegen bleiben. Wir werden hier mehr Probleme bekommen. Sie haben nur wenige neue Stellen für Richter:innen geschaffen, und wir sollten aufhören, dem Personalmangel hinterherzulaufen, und stattdessen jetzt schon die Stellen schaffen, von denen wir wissen, dass sie kommen werden. Wir haben auch aktuell schon Probleme: Jetzt schon müssen U-Häftlinge zu lange auf Haftüberprüfung warten. Hier fordern wir mehr Stellen.

Ein weiterer Bereich sind die Rechtspfleger:innen. Die haben schwierige Aufgaben vor sich. Ich nenne nur die Stichpunkte: Grundbuchdigitalisierung, E-Akten-Einführung, Umsetzen von Reformen wie beispielsweise im Betreuungsverfahren oder bei der Ver-

mögensabschöpfung. Wir dürfen unsere Rechtspfleger:innen nicht im Stich lassen. Wir haben daher entsprechende Anträge gestellt. Sie haben Sie im Ausschuss abgelehnt. Stimmen Sie ihnen hier zu.

Ein ganz zentraler Punkt sind die Bewährungshelfer:innen. Wir haben derzeit eine Quote, bei der pro Person über 67 Proband:innen zu betreuen sind. Das ist einfach nicht schaffbar. Das ist nicht schaffbar, diese Menge zu betreuen. Wir hatten Gespräche mit dem Verband. Die sagen, das sei überhaupt erst unterhalb von 50 Proband:innen möglich. Die Bewährungshilfe ist dermaßen zentral, dass man hier wirklich unseren Antrag annehmen muss, um die Stellen auszubauen. Wir haben auch in einem der Änderungsanträge konkret das Projekt RUBIKON stärken wollen. Das ist Bewährungshilfe, gezielt für junge Intensivtäter:innen. Das Projekt ist beim Landgericht München I angesiedelt und besteht seit 2010. Das ist ein gutes Projekt: Vier Bewährungshelfer:innen betreuen jugendliche Straftäter:innen besonders engmaschig. Wir wollen das mit mehr Haushaltsmitteln stärken und ausbauen, und das sollte in ganz Bayern Schule machen.

Wir haben beantragt, dass es mobile, digitale Geräte für die Bewährungshilfe geben soll. Da ist das Datum schon spannend: Am 21.03. haben wir beantragt, dass 200.000 Euro für die Ausstattung der Bewährungshelfer:innen mit Handys usw. geben soll. Dann kam die Überraschung: Fünf Tage später, am 26.03., beantragten CSU und FREIE WÄHLER 200.000 Euro für die Ausstattung der Bewährungshilfe mit Handys usw. und lehnten unseren Antrag ab. Sie können es gerne nachlesen: Das sind die Drucksachen 19/866 und 19/880. Sie hätten auch einfach zustimmen können; aber Sie wollten lieber Ihre Spielchen spielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir zum Strafvollzug. Viel zu oft werden Reformen nur dann gemacht, wenn Urteile Sie dazu zwingen. Auch jetzt ist es wieder so: Wir haben vor fünf Jahren schon eine Anhörung zur Bezahlung im Justizvollzug gemacht. Wir haben Anträge gestellt,

wir haben uns mit Leuten getroffen, es gab Diskussionen. Sie haben alle Anträge abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt gesagt: Ihre Art und Weise ist verfassungswidrig, und Sie müssen was ändern.Der Strafvollzug garantiert in Bayern Sicherheit, und das sowohl während der Unterbringung, weil die Straftäter eingesperrt sind, als auch nach der Unterbringung; denn da wird die Bevölkerung durch die Resozialisierung geschützt. Hier mangelt es aber in Bayern, weil die CSU diesen Bereich sträflich vernachlässigt. Natürlich bietet eine erfolgreiche Festnahme eine schönere Überschrift als die Hilfe für einen entlassenen Häftling bei der Job- und Wohnungssuche. Für die tatsächliche Sicherheit ist aber beides gleich wichtig.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Man sollte die Gewaltenteilung schon noch ein bisschen im Kopf haben!)

Das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen den Mangel eines fehlenden schlüssigen Resozialisierungskonzeptes ins Stammbuch geschrieben. Sie haben richtigerweise festgestellt, dass wir hier ein umfassendes Konzept brauchen, das im nächsten Jahr kommen soll. Für dieses Konzept brauchen wir aber auch die nötigen Ausstattungen und Räumlichkeiten. Der Stellenzuwachs im Strafvollzug ist überschaubar. Er betrifft in erster Linie die neuen JVAs in Passau und Marktredwitz. In der Fläche werden die Vollzugsbeamten, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Krankenstationen und in Werkstätten davon wenig merken.

Dabei wäre die Betreuung in den Gefängnissen und danach besonders wichtig. Wir können zwei Phänomene beobachten: Wir haben einen Anstieg der Zahl jugendlicher Intensivtäterinnen und Intensivtäter. Die Lösung kann hier nicht sein, einfach die Strafmündigkeitsgrenze zu senken. Vielmehr müssen wir die Ursachen suchen und eine gute Prävention betreiben. Sollte das nichts helfen, brauchen wir Maßnahmen, um die Jugendlichen wieder auf die richtige Bahn zu bekommen. Wir haben außerdem einen überproportional hohen Anteil von Täterinnen und Tätern mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe wird auch überproportional Opfer von Straftaten. Dies hat Herr Kollege

Böltl im Ausschuss thematisiert. Darüber müssen wir reden. Natürlich ist das, was die Kollegen von Rechtsaußen sagen, Unsinn. Sie meinen, dies läge an der Genetik oder an der Herkunft. Ein Ausländer zu sein macht einen Menschen nicht zum Straftäter.

Die Kriminologie hat Risikofaktoren dafür ermittelt, dass ein Mensch kriminell wird, zum Beispiel Armut, Traumata, Ausgrenzungserfahrungen usw. Viele dieser Faktoren kommen statistisch nun einmal bei Ausländern häufiger vor als bei Inländern. Wir müssen diese Probleme lösen. Dafür müssen wir offen diskutieren. Wir brauchen dafür gezielte und ganzheitliche Prävention, eine funktionierende und schnell entscheidende Justiz sowie gleichzeitig effektive Resozialisierungsmaßnahmen. Stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu.

In der Digitalisierung der Justiz gibt es Fortschritte, aber es liegt noch viel vor uns. Wir haben Online-Gerichtstafeln gefordert, damit die Menschen auf der Website sehen können, wann die Gerichtstermine stattfinden. Sie haben das abgelehnt. Die Menschen müssen zum Gericht fahren und sich das anschauen. Wir fordern, dass Strafanzeigen auch online eingereicht werden können. Das lehnen Sie auch ab.

Zum Schluss möchte ich noch allen Beschäftigten in der Justiz danken. Ich danke den Beschäftigten in den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften in und außerhalb der JVAs sowie an vielen anderen Stellen in der Justiz. Sie sind eine Stütze unseres Rechtsstaats. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, sie ausreichend mit Kolleginnen und Kollegen und mit guten Arbeitsmitteln auszustatten. Stimmen Sie deshalb den Änderungsanträgen der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist Herr Kollege Horst Arnold. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, Justiz ist wichtig, gerade auch in Zeiten, in denen der Ruf nach Recht und Ordnung immer lauter wird,

in denen sich zum Teil unzuständige Ministerinnen und Minister, insbesondere die Innenminister, dafür aussprechen, härtere Strafen zu verhängen. Wir müssen beachten, dass in unserer Gesellschaft Gewaltenteilung gilt und dass die Richterinnen und Richter unabhängig sind. Mit Ausnahme der Staatsanwaltschaft müssen sie sich von Ministerinnen und Ministern gar nichts sagen lassen. Bei der Staatsanwaltschaft ist es wichtig, dass wir sie kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

In diesen wilden Zeiten ist es wichtig, den Beschäftigten zu danken; denn die Beschäftigten der Justiz arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Auch in den nicht technischen Zeiten wurde der Pensen-Maßstab von 100 stark überschritten. Pensen von 120 bis 130 sind schon lange ein Mittelwert. Früher hat man gesagt: Der Mantel des Staates ist eng, aber er wärmt. Irgendwann wird dieser Spruch zum Zynismus und zum Hohn, insbesondere dann, wenn unsere Justiz um Nachwuchs werben muss, nicht nur um Nachwuchs bei den Richterinnen und Richtern, sondern auch bei den Rechtspflegern, den Gerichtsvollziehern und vor allem im Justizvollzug.

Der sogenannte Fachkräftemangel ruft hier eine Abstimmung mit den Füßen hervor. Insbesondere im technischen Bereich bei den Amtsgerichten erleben wir, dass viele Beschäftigte in die Geschäftsstellen von Kommunen abwandern, weil dort besser bezahlt wird. Es ist aber wichtig, dass diese Stellen bei der Justiz ordentlich bedient werden. Wir müssen deswegen Stellenhebungen vornehmen, die der Leistung, dem Anspruch und der Notwendigkeit der jeweiligen Funktion gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie gehen zu den Gerichten und hören sich an, wie toll es dort läuft. Bei den Gerichten hört man aber auch andere Stimmen. Wir sind nicht dafür da, große Erklärungen abzugeben und ein ritualisiertes Schulterklopfen nach dem Motto "Vergelts Gott, wunderbar, es wird alles schön" durchzuführen. Die Digitalisierung wird ebenfalls gerühmt. Wir sehen jedoch, wie oft in der Früh das System an Landgerichten und

Amtsgerichten abstürzt. Dann wird sehr viel Personal benötigt, um es wieder in Gang zu bringen. Hier liegt noch vieles im Argen. Ja, der Freistaat tut etwas für den Personalaufwuchs. Er tut auch etwas für die Sachausstattung. Aus unserer Sicht ist das aber bei Weitem nicht genug.

Wir verkennen die Haushaltslage nicht. Deshalb haben wir verantwortungsvolle Änderungsanträge eingereicht. Wir verkennen aber auch nicht die Wünsche, die die Berufsverbände in diesem Zusammenhang geäußert haben. Hier geht es nicht darum, dass die Bediensteten nichts tun wollen. Vielmehr geht es darum, im Alltag Arbeit, die nicht nötig wäre, zu vermeiden.

Wir fordern insgesamt 80 neue Richterstellen. Sie haben zwar auf diese Zahl draufgesattelt, aber Sie schaffen nur bei Amts- und Landgerichten 8 Richterstellen der Besoldungsgruppe R 1. Jetzt planen Sie im Zusammenhang mit der Cannabis-Legalisierung die Einführung neuer Ordnungswidrigkeitstatbestände. Diese werden auch wieder zu Gericht gehen. Somit sind diese 8 Stellen, die Sie vorsehen, schon wieder viel zu wenig. Wir wollen mehr.

Die Rechtspfleger sind teilweise Richtern gleich. Viele Bereiche funktionieren ohne die Rechtspfleger gar nicht. Ich nenne die Insolvenzverfahren, und ich nenne die Grundbuchpflege, die digitalisiert werden soll. Viele Grundbucheinträge sind noch in Sütterlinschrift geschrieben und müssen digital eingepflegt werden. Allein hier herrscht ein riesiger Nachholbedarf. Ihre Vorstellungen werden diesem Anspruch einer funktionierenden Rechtspflege nicht gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Der Verband der Rechtspfleger fordert 140 Stellen. Wir haben uns aufgrund der Haushaltslage für 70 Stellen entschieden. Seit Januar ist aber das neue Gesellschaftsregister hinzugekommen. Herr Minister, die Bürgerinnen und Bürger stellen ihre Anfragen bei den Gerichten. Diese Anfragen müssen von Rechtspflegern beantwortet werden, die dann den Unmut abbekommen, weil möglicherweise eine Arbeitsüberlastung vor-

herrscht. Weder Sie noch wir werden von diesem Unmut behelligt. Das ist aber die alltägliche Arbeit dieser Leute. Ihnen macht es sicher keinen Spaß zu sagen: Tut mir leid, ich komme nicht dazu, ich habe noch andere Sachen zu tun. Die Menschen bei der Justiz können deshalb nicht als Faulenzer bezeichnet werden. Sie sind einfach überlastet. Sie sollten Freude in ihrem Beruf erfahren und nicht Frustration, weil sie zu wenige sind.

(Beifall bei der SPD)

In der Sache der Gerichtsvollzieher gibt es eine Petition. Sie sind immer noch in der QE 2 und müssten dringend angehoben werden, weil sie zwei fakultative Ausbildungen haben. Sie sind sogar auf der Justizakademie gewesen. Sie können aber dem Wunsch dieser Anhebung nicht entsprechen, weil Sie der Auffassung sind, dass die Ausbildung an dieser Akademie und eine Ausbildung an einer Fachhochschule nicht gleichwertig sind. Ich hoffe, dass Sie hier Ihre Gesinnung ändern.

Im Justizvollzug wird es noch deutlicher. Wir fordern hier Stellenhebungen. Sollte tatsächlich jemand eine JVA durch die Gefängnismauer verlassen, dann spricht das nicht gegen die Bediensteten, sondern dafür, dass hier vieles im Argen liegt.

Wir bedanken uns bei den Bediensteten und wünschen uns einen konstruktiven weiteren Aufwuchs, nicht nur im Hinblick auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität. Diesen Leuten zollen wir Respekt.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Mir liegt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Dierkes vor.

Rene Dierkes (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Arnold, Sie haben zu Anfang Ihrer Rede zu Recht gesagt, dass Richter unabhängig bleiben müssen, aber gleichzeitig betont, dass politischer Einfluss auf Staatsanwaltschaften möglich sein muss. Wir als AfD lehnen dies ab. Unter anderem kritisiert auch der Europäische Gerichtshof, dass

Staatsanwaltschaften in der Bundesrepublik Deutschland nicht unabhängig sind. Dies ermöglicht natürlich auch Willkür. Meine Frage an Sie lautet: Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten eine AfD-Regierung.

(Zuruf: Gott bewahre!)

Würden Sie dann an Ihrer Forderung festhalten, dass die Politik Einfluss auf die Staatsanwaltschaft nehmen können muss?

Horst Arnold (SPD): Die Vorstellung, die Sie mir hier präsentieren, ist für mich einerseits grauenhaft und andererseits auch nicht umsetzbar.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Wir haben in diesem Haus Untersuchungsausschüsse gehabt, in denen es auch um das Verhalten von Staatsanwaltschaften ging. Die Kontrolle des Verhaltens ist nur möglich, weil der Bayerische Landtag mit dem Justizminister über ein Instrument verfügt, das zur Tätigkeit der Staatsanwaltschaft befragt werden kann. Ich war selbst sieben Jahre lang Staatsanwalt, auch in kritischen Bereichen, das heißt im Bereich der Organisierten Kriminalität. Ich muss Ihnen persönlich sagen, ich habe niemals eine Weisung erhalten, nicht einmal mittelbar per Telefon. Ob sich dies auf meine Beförderung ausgewirkt hat oder nicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich bin jedenfalls zufrieden. Aber noch einmal: Ich glaube, dass wir, wo es möglich ist, parlamentarische Kontrolle in der Demokratie sichern, herstellen und absichern müssen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Deswegen ist für mich eine entsprechende Kontrolle, insbesondere der Staatsanwaltschaften, durch das Parlament ein elementarer Bereich der Zufriedenheit in dieser Demokratie.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Herr Kollege Maximilian Böltl.

Maximilian Böltl (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Herr Staatsminister, lieber Georg, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste und Zuhörer! Extremismus, Islamismus und Antisemitismus haben alle eines gemeinsam: Sie bedrohen unseren Rechtsstaat. Auf diese Bedrohung, auf die Worte und Taten der Feinde unserer Grundordnung gibt es nur eine einzige richtige Antwort: Stärke – Sicherheit durch Stärke, Recht durch Stärke, Ordnung durch Stärke. Für den Schutz der Menschen in Bayern brauchen wir die Polizei und unsere Rettungskräfte, aber auch eine löwenstarke Justiz. Deshalb erhöhen wir den Etat der Justiz auch um fast 8 % auf über drei Milliarden Euro, zwei Drittel davon für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mein Dank, zusammen mit Frau Kollegin Petra Guttenberger, gilt an dieser Stelle allen Menschen, die sich für unsere Sicherheit einsetzen. Ob im Hauptamt oder im Ehrenamt, wir stehen immer hinter denen, die uns den Rücken freihalten und für unsere Sicherheit sowie für Recht und Ordnung einstehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir schaffen mit dem Doppelhaushalt 350 neue Stellen, um den leider deutlich gestiegenen Fallzahlen gerecht zu werden, 290 Stellen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften sowie 60 Stellen im Justizvollzug. Mit den 1.400 neuen Stellen aus den letzten sieben Jahren ist dies dann wiederum die beste Basis, um auch künftig noch besser zu werden. Wir werden uns in den Folgejahren noch stärker um den Justizvollzug und die Personalausstattung kümmern müssen. Eingangsämter und Eingruppierungen wollen wir uns mit allen Beteiligten ansehen, natürlich auch im Hinblick auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichts, das hier Ungleichheiten ausgelöst hat. Außerdem gibt es einiges bei Stellenhebungen und Beförderungen sowie in der Nachwuchsgewinnung zu tun, damit wir als Arbeitgeber attraktiv bleiben und damit weiterhin gilt: Wer für Bayern, wer für die Besten arbeitet, soll dies auch im Geldbeutel spüren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich hätten wir beim Personal sehr, sehr gerne noch deutlich mehr getan. Im Justizhaushalt haben wir eine Kostendeckung von fast 50 %, und jeder zweite Euro an Ausgaben kommt auch wieder als Einnahme zurück, aber die schwache Konjunktur – wir haben es schon gehört – und die ausfallenden Steuereinnahmen schränken uns ein. Wenn sich jetzt gerade die Parteien, die im Bund noch die Verantwortung tragen, zusätzliche Stellen wünschen, sind sie herzlich eingeladen, uns zum Wohl der Mitarbeiter zu unterstützen, erstens dadurch, dass wir im Bund endlich Wachstumsimpulse für die Wirtschaft erhalten, für mehr Steuereinnahmen, die unseren Spielraum erhöhen würden, zweitens, indem der Bund auch die Kosten für das übernimmt, was er auslöst – Herr Kollege Scharf hat dies am Beispiel der Auslagen in Rechtssachen verdeutlicht – und drittens, wenn im Bund auch endlich die Devise Opferschutz vor Datenschutz gilt. Unsere Behörden brauchen endlich alle technischen Möglichkeiten für ihre Ermittlungen, auch die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die im Bund blockiert wird.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen unsere Justiz mit den Möglichkeiten der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz so auf, dass wir Vereinfachung erzielen und Beschleunigung erreichen, auch um den Tätern und solchen, die es werden könnten, voraus zu sein. Die Technik der Justiz muss immer viel besser sein als die Technik der Verbrecher. Auch deshalb ist es falsch, wenn der Schutz der Daten höher gestellt wird als der Schutz der Menschen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher investieren wir in die Digitalisierung pro Jahr 140 Millionen Euro, in die E-Akte, in die IT-Struktur in allen Gebäuden, in die Sicherheit der Systeme. Auch an die Zukunft wird gedacht: Im Legal Tech Colab schaffen wir zusammen mit der Unternehmer-TUM skalierbare Innovationen für den Einsatz im Rechtssystem. Neben der guten per-

sonellen und digitalen Ausstattung kümmern wir uns auch um die Gebäudestruktur. Im Hochbau werden rund 190 Millionen Euro pro Jahr und damit über 30 % mehr als bisher investiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Parlament haben wir aber nicht nur die Aufgabe, die Lösung der Probleme anzupacken, sondern wir müssen uns auch die Ursachen anhand von Fakten ansehen. 40 % aller Tatverdächtigen in Bayern haben keinen deutschen Pass. 47 % aller Häftlinge in Bayern haben keinen deutschen Pass. 2014 waren es noch 35 %. Im Strafvollzug löst allein dies über 200 Millionen Euro jährlich an Kosten aus. Diese Fakten beschreiben auch die Endstation illegaler Migration und fehlender Integration. Wir müssen wissen, wer bei uns ist, wer radikalisiert ist und wer traumatisiert ist. Es darf keine Toleranz geben für die, die unseren Rechtsstaat ablehnen. Hier braucht es Stärke, und Stärke erfordert Härte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb haben wir als Ausschuss bereits im April einen eigenen Bericht angestoßen, der alle Kosten und Folgekosten von Asyl und Migration noch einmal transparent macht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir können die Justiz in Bayern mit diesem Doppelhaushalt stark machen, löwenstark! Lassen Sie uns aber auch durch unsere Diskussionen dazu beitragen, dass Urteile über Menschen nicht durch Medien oder Meinungen gefällt werden, sondern ausschließlich durch unsere Gerichte.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit! Diese ist abgelaufen.

Maximilian Böltl (CSU): Auch dies gehört zu einem starken Rechtsstaat, der sich selbst verteidigt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt jetzt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Toni Schuberl vor. – Bitte.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege Böltl, Sie haben gesagt, dass es die Haushaltslage in Bayern einfach nicht zulasse, mehr zu tun. Die Haushaltslage ließe es zu, wenn man die Prioritäten anders setzen würde. Wir haben Vorschläge unterbreitet. Unsere Anträge sind gegenfinanziert aus diesem Haushalt. Wir haben Anträge eingereicht, bei denen man einspart, und Anträge, wofür man mehr ausgeben kann. Dies deckt sich. Das heißt, unsere Vorschläge sind aus dem aktuellen Haushalt finanziert. Sie müssten nur die Prioritäten anders setzen. Das heißt, Sie können unseren Anträgen auch zustimmen!

Maximilian Böltl (CSU): Wir haben dies im Ausschuss ja ausführlich diskutiert und die Prioritäten auch gemeinsam richtig gesetzt. Der Stellenaufwuchs ist wichtig, aber auch wuchtig. Deshalb werden wir auf der Basis in Zukunft natürlich noch mehr tun müssen, wenn dann auch wieder die Steuereinnahmen vorhanden sind, die wir aus dem Bund benötigen. Dies wird spätestens mit 2025, also für den nächsten Haushalt in 2026 schon der Fall sein können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als Nächstem erteile ich Herrn Staatsminister Georg Eisenreich das Wort. – Bitte.

Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Privileg, in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat leben zu dürfen. Das zeigt uns ein Blick in die Welt und auch ein Blick in die Vergangenheit unseres Landes. Deswegen müssen wir alles unternehmen, um Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Eine der tragenden Säulen dafür ist die Justiz.

Es ist gut, zu wissen und zu sehen, dass der Rechtsstaat funktioniert und dass wir in Bayern eine starke, handlungsfähige Justiz haben. Deswegen möchte ich meine Rede

auch damit beginnen, dass ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz meinen herzlichen Dank für ihren großartigen Einsatz ausspreche.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Die Herausforderungen für die Justiz sind groß, und sie werden in Zukunft auch nicht kleiner werden. Wir haben Feinde der Demokratie und des Rechtsstaates im Inneren unseres Landes. Wir haben Feinde von außen. Deswegen müssen wir alles tun, um die Justiz weiter zu stärken. Das machen wir mit diesem Haushaltsentwurf für die Jahre 2024 und 2025, der wirklich eine gute Basis ist.

Ich danke dem Ministerpräsidenten Markus Söder, der in seiner Regierungserklärung und auch in anderen Reden von Schwerpunkten gesprochen hat, Bildung, Sicherheit, Justiz. Ich danke dem Finanzminister Albert Füracker für die Unterstützung; wir haben immer gute, aber auch harte Gespräche. Ich danke vor allem auch dem Bayerischen Landtag für das große Wohlwollen und die Unterstützung der Justiz.

Die Staatsregierung steht für Recht und Ordnung. Deswegen stehen wir mit diesem Entwurf auch dafür, dass es deutliche Steigerungen gibt. Damit leisten wir einen großen, wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit. Es geht um das Personal, aber auch um die Ausstattung und die Digitalisierung. Der Doppelhaushalt ist eine gute Grundlage, damit wir diese Ziele erreichen. Der Etat soll um insgesamt 7,9 %, um rund 230 Millionen Euro auf 3,15 Milliarden Euro steigen. Das ist wirklich ein großer Erfolg.

Ich beginne mit den Gerichten und Staatsanwaltschaften: Verschiedene Rednerinnen und Redner haben heute schon angesprochen, dass die Anforderungen an die Justiz weiter wachsen – durch die Bekämpfung von Antisemitismus und Hatespeech, von Cybercrime und Kindesmissbrauch. Wir haben die Bewältigung von Massenverfahren. Die Folgen von illegaler Migration und die Herausforderungen der Schleuserkriminalität kommen hinzu. Auch Berlin beschert uns Belastungen, insbesondere durch die völ-

lig unsinnige Teillegalisierung von Cannabis, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das schafft zusätzliche Belastungen für die Justiz, statt sie zu entlasten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem hier viel Kritik vonseiten der SPD und der GRÜNEN gekommen ist, muss ich einen kleinen Einschub machen. Ich muss sagen, dass die Politik des Bundes insgesamt nicht nur eine große Enttäuschung in diesem Bereich ist, sondern wirklich ein großes Ärgernis. Statt notwendiger Entlastungen der Justiz erleben wir Belastungen. Dort, wo wir den Bund brauchen, nämlich bei der Modernisierung der Zivilprozessordnung, erleben wir ein Schneckentempo und keine Fortschritte. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, muss ich Ihnen sagen: Sparen Sie sich die Krokodilstränen, und sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in Berlin, damit sie dort eine vernünftigere Politik machen, um die Justiz zu entlasten und sie nicht weiter zu belasten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte Sie auch an Ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern, also an den Vertrag der Ampel in Berlin. Darin ist vereinbart, dass es eine Verlängerung des "Pakts für den Rechtsstaat" und eine Erweiterung um den Digitalpakt gibt. Die Verlängerung des "Pakts für den Rechtsstaat" – das bedeutet eine Bezuschussung von Stellen – ist gestoppt, und statt einer Erweiterung um einen Digitalpakt gibt es die Förderung von ein paar Digitalisierungsprojekten. Das ist zu wenig. Setzen Sie die Vereinbarung im Koalitionsvertrag um, bevor Sie uns hier gute Ratschläge geben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Schleuserkriminalität: Ja, sie hat zugenommen; eine echte Belastung für die Staatsanwaltschaften und Gerichte. Die Schleuserkriminalität kann man reduzieren, indem man eine andere Zuwanderungspolitik macht, Zuwanderung besser steuert und vor allem begrenzt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin sehr froh, dass wir schon in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung im Haushalt hatten. Das heißt, wir hatten schon in den letzten Jahren eine deutliche Unterstützung der Justiz. Dies ist insgesamt auch notwendig. Seit 2013 haben wir eine erhebliche Steigerung der Stellen im Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Es kommen nun noch mal weitere dazu: insgesamt 350 Stellen für die gesamte Justiz, davon 290 für die Gerichte und Staatsanwaltschaften. Ich habe einen Schwerpunkt gesetzt, der bei den Staatsanwaltschaften liegt, nämlich 120 Stellen, und 21 Stellen bei den Richterinnen und Richtern. Warum bei den Staatsanwaltschaften? – Weil die Ermittlungszahlen und die Fälle in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben. Wir können mit dieser Steigerung um 120 Stellen die Staatsanwaltschaften entlasten und haben dann jetzt in Bayern über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Herzlichen Dank dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen natürlich auch eine Unterstützung der Justizvollzugsanstalten. Auch hier hatten wir in den letzten Jahren schon einen deutlichen Aufwuchs, nämlich von 2019 bis 2023 insgesamt um 284 zusätzliche Stellen. Das ist gut. Das hat insbesondere zur Vorbereitung der neuen JVAs in Passau und Marktredwitz, aber auch für andere Bereiche gedient. Durch den jetzigen Haushalt kommen 60 weitere Planstellen dazu. Ich will ausdrücklich sagen, dass ich mir in diesem Bereich noch mehr vorstellen kann. Das werden wir dann in den nächsten Haushalten angehen. Ich freue mich aber, dass wir hier 60 Stellen haben und insbesondere auch die kw-Vermerke verlängert worden sind.

Die bayerische Justiz baut viel. Wir investieren auch viel in bestehende Gebäude. Deswegen herzlichen Dank, dass wir hier in Anlage S eine Steigerung um 34 % auf 188 Millionen Euro haben. Das ist wirklich notwendig. Wir bauen im Bereich des Vollzugs die Kombianstalt in Passau. Wir bauen die Justizvollzugsanstalt in Marktredwitz. Wir haben auch im Bereich der Gerichte große Projekte, insbesondere den Neubau des Strafjustizzentrums in München, aber auch Projekte in anderen Teilen Bayerns,

nämlich den Neubau und die Sanierung des Justizgebäudes in Schweinfurt, die Erweiterungs- und Sanierungsarbeiten in Aschaffenburg sowie notwendige Verbesserungen an vielen kleineren Gerichtsstandorten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser Steigerung können wir alle bereits begonnenen Maßnahmen fortsetzen. Wir können weitere Projekte planen. Natürlich leiden wir auch unter den erheblichen Konjunkturschwankungen und Kostensteigerungen, aber mit dieser Steigerung im Haushalt können wir insgesamt sehr, sehr gut leben.

Ich komme zum nächsten Punkt, zur Digitalisierung der Justiz. Sie ist mir ein persönliches Anliegen. Ich habe zu Beginn meiner Amtszeit die Digitaloffensive in der Justiz gestartet. Wir sind inzwischen gut aufgestellt. Der elektronische Rechtsverkehr in Bayern ist eingeführt. Inzwischen haben wir etwa 12,5 Millionen elektronische Nachrichten pro Jahr. Wir sind bei der Einführung der elektronischen Akte sehr, sehr weit gekommen. Wir haben an allen Gerichten im Bereich des Zivil- und Familienrechts die E-Akte eingeführt. Wir werden im Bereich des Strafrechts nach dem Abschluss der Pilotierung im Herbst dann auch mit der Einführung der E-Akte in Strafsachen beginnen.

Wir sind beim Thema Videoverhandlungen gut aufgestellt. Alle Gerichte haben Videokonferenzanlagen. Jeder Richter hat eine Software auf seinem PC, mit der er Videoverhandlungen durchführen kann. Wir haben inzwischen über 13.000 Online-Verhandlungen pro Jahr, und ich wünsche mir, dass diese Zahl noch weiter gesteigert wird.

Lieber Kollege Böltl und liebe Frau Guttenberger, ich bin froh, dass ihr angesprochen habt, dass wir uns für die Themen Legal Tech und KI in Bayern ganz intensiv einsetzen und hier wirklich mit führend in ganz Deutschland sind.Das ist aus verschiedenen Gründen notwendig: Legal Tech und vor allem Künstliche Intelligenz werden den Rechtsmarkt verändern. Wir müssen deswegen verstehen, was hier vor sich geht. Wir wollen die Technologien aber auch nutzen, und wir müssen wissen, was wir nicht wollen und wo wir regulierend eingreifen müssen. Deswegen beschäftigen wir uns ganz intensiv damit. Es gibt verschiedene Projekte, wie wir Legal Tech und KI auch in unse-

rem Bereich einsetzen können. Die Justiz muss unterstützt werden, weil wir alle auf längere Sicht aufgrund der demografischen Entwicklung mit dem Fachkräftemangel zu tun haben werden. Deswegen ein herzliches Dankeschön dafür, dass wir den Weg der Digitalisierung weitergehen können.

Letztes Jahr haben wir 12,5 Millionen Euro mehr bekommen. In diesem Haushalt sind es 17,1 Millionen Euro jährlich. Wir investieren also alleine in Bayern pro Jahr rund 140 Millionen Euro in die IT-Ausstattung, in die Digitalisierung. Das bringt uns wirklich weiter voran. Deswegen ist auch aus diesem Grund der Haushalt sehr gut.

Ich habe auch die Strukturen weiter optimiert: Ich habe im Justizministerium eine Digitalabteilung eingeführt. Wir treiben durch Anträge auf der Justizministerkonferenz und durch andere rechtspolitische Initiativen die Digitalisierung in Deutschland mit voran. Ich würde mir wünschen – ich schaue nun wieder zu SPD und GRÜNEN –, dass das BMJ viel offener für das Thema Digitalisierung wäre. Ich habe den Eindruck, dass dort vor allem die gesellschaftspolitische Umgestaltung dieses Landes ein Schwerpunkt ist, aber im Bereich der Digitalisierung der Justiz erleben wir zu wenig Unterstützung. Ich möchte ausdrücklich das Schneckentempo in diesem Bereich kritisieren, was ich auch regelmäßig auf Bundesebene mache.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss: Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz. Wir haben einen starken Rechtsstaat, wir haben eine starke Justiz. Unser Motto lautet: Die Justiz ist für die Menschen da. Dieses Motto leben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeden Tag an den verschiedenen Standorten, an den Gerichten, bei den Staatsanwaltschaften und in den JVAs. Deswegen möchte ich an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen. Sie leisten einen wichtigen und elementaren Beitrag für die Sicherheit und Freiheit der Menschen. Sie leisten so gute Arbeit, dass uns ganz viele Menschen in Bayern vertrauen. Vertrauen ist in diesen Zeiten eine unglaublich wichtige Währung. Wir rechtfertigen dieses Vertrauen auch vonseiten der Politik, indem wir unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften und JVAs ausreichend ausstatten. Deswegen bedanke

ich mich für diesen Haushalt. Er ist ein großer Erfolg. Ich bin sehr zufrieden. Ich bedanke mich beim Rechtsausschuss für die gute Zusammenarbeit, aber auch insgesamt beim Landtag für das große Wohlwollen für die Justiz und die große Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 04, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/856 mit 19/883 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2055.

Ich beginne mit den namentlichen Abstimmungen über die vier Änderungsanträge der AfD-Fraktion, die elektronisch durchgeführt werden. Ich hoffe, Sie haben alle ihre Stimmkarte für das Gerät bei sich.

Zunächst ist über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter" auf der Drucksache 19/873 in namentlicher Form abzustimmen. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:04 bis 18:07 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist um. Die Abstimmung wird hiermit geschlossen. Die nächste namentliche Abstimmung kann erst nach einer kurzen Wartezeit gestartet werden, wenn das Ergebnis der vorangegangenen Abstimmung erfasst und gespeichert wurde. Sobald der Plenardienst die Freigabe signalisiert, machen wir mit der nächsten namentlichen Abstimmung weiter. –

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas um Ruhe. Wir fahren mit den namentlichen Abstimmungen fort. Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger" auf Drucksache 19/874. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:09 bis 18:11 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die nächste namentliche Abstimmung kann wiederum erst nach einer kurzen Wartezeit gestartet werden. –

Wir kommen jetzt zur nächsten namentlichen Abstimmung. Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten" auf Drucksache 19/875. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt wieder zwei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:12 bis 18:14 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

Wir können jetzt schon mit der vierten Abstimmung fortfahren. Ich rufe nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schädlingsbekämpfung in der JVA München" auf Drucksache 19/878 auf. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:15 bis 18:17 Uhr)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die zwei Minuten sind um. Ich schließe hiermit die Abstimmung.

Ich gebe nun die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt.

Zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter" auf Drucksache 19/873 haben mit Ja 26 Abgeordnete, mit Nein 131 Abgeordnete gestimmt; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger" auf Drucksache 19/874 bekannt. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 130 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag wurde abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten" auf Drucksache 19/875 bekannt. Mit Ja haben 27 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 132 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Jetzt zum vierten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Schädlingsbekämpfung in der JVA München" auf Drucksache 19/878: Mit Ja haben 27 Abgeordnete ge-

stimmt, mit Nein 131 Abgeordnete; es gab keine Stimmenthaltungen. Auch dieser Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 04 selbst. Der Einzelplan 04 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2055 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 04 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen genauso anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 04 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

> "Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD. Gegenstimmen! – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2055 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/879 mit 19/883 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 04 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I - zusätzliche Stellen für Richter (Kap. 04 04 Tit. 422 01) (Drucksache 19/873)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst			
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang			
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian			
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner			
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	26	131	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II - zusätzliche Stellen für Rechtspfleger (Kap. 04 04 Tit. 422 21) (Drucksache 19/874)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang			
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian			
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner			
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	130	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III - zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten (Kap. 04 05 Tit. 422 21) (Drucksache 19/875)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva			
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian			
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner			
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	132	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 04.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 4: Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München (Kap. 04 05 neuer Tit.) (Drucksache 19/878)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter	X		
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias			
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea			
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin	X		
Böltl Maximilian			
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian			
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen			
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina			
Feichtmeier Christiane			
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert		X	
Gerlach Judith		X	
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias		X	
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine			
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo			
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian			
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schießl Werner			
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	27	131	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **4**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 04

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Personalausgaben zur Institutionalisierung der Rechtstatsachenforschung in Bayern
   (Kap. 04 01 Tit. 422 31 und Tit. 428 01)
   Drs. 19/856

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Aus- und Fortbildung der nichtrichterlichen Beisitzer (Schöffen) in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 412 01)
   Drs. 19/857

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 80 neuen R 1-Stellen für Richterinnen und Richter sowie für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/858

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 70 neuen Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger in der BesGr. A 11 sowie für Stellenhebungen, insbesondere von A 12 nach A 13, sowie für den Ausbau der Spitzenstellen für die modulare Qualifizierung
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/859

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung der Stellenhebung von 252 Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollziehern von BesGr. A 8 nach BesGr. A 9
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/860

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Fortbildung der Richterinnen und Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Bayern
   (Kap. 04 04 Tit. 525 01)
   Drs. 19/861

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Mittel für die Finanzierung von 226 neuen Stellen für alle Funktionsbereiche und Dienste in den Justizvollzugsanstalten in Bayern für einen guten Behandlungsvollzug
   (Kap. 04 05 Tit. 422 01)
   Drs. 19/862

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Erhöhung der Mittel für die Gefangenen- und Entlassenenfürsorge in Bayern
   (Kap. 04 05 Tit. 681 02)
   Drs. 19/863

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Personalsituation in der Justiz verbessern
   (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
   Drs. 19/864

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Personalsituation in der Bewährungshilfe verbessern, Arbeit mit jugendlichen Intensivtäterinnen und -tätern stärken
    (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
    Drs. 19/865

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Digitale Ausstattung für die Bewährungshilfe
    (Kap. 04 04 Tit. 511 99)
    Drs. 19/866

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: IT-Ausstattung der Gerichte verbessern – mobiles Arbeiten ausweiten
(Kap. 04 04 Tit. 511 99)
Drs. 19/867

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/868

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Islamische Gefängnisseelsorge stärken
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)
Drs. 19/869

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 04 01 Tit. 684 01)
Drs. 19/870

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 04 02 Tit. 533 49)
Drs. 19/871

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 04 02 Tit. 701 11)
Drs. 19/872

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken I – zusätzliche Stellen für Richter
(Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 19/873

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken II – zusätzliche Stellen für Rechtspfleger
(Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 19/874

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schlagkraft des Rechtssystems stärken III – zusätzliche Stellen für die Justizvollzuganstalten
(Kap. 04 05 Tit. 422 21)
Drs. 19/875

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Dieter Arnold, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Rechtskunde und Rechtsbildung für Asylbewerber
(Kap. 04 04 Tit. 427 01)
Drs. 19/876

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zusätzliche Mittel für die Einrichtung der Abschiebungshaft in Eichstätt und Hof
(Kap. 04 05 Tit. 519 01)
Drs. 19/877

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schädlingsbekämpfung in der JVA München
(Kap. 04 05 neuer Tit.)
Drs. 19/878